

Unsere Forderungen an die künftige Landesregierung: Investieren in starke Städte für Brandenburg — Bahn, Bildung, Bauen, Breitband



Prolog: Starke Städte und Regionen sind die Zukunft des Landes

Was heute schon wahr ist, wird künftig noch relevanter: Die meisten Brandenburger_innen leben in Städten. Die Attraktivität der Landeshauptstadt Potsdam, aber auch der mittleren und kleinen regionalen Zentren ist in der Vergangenheit enorm gewachsen und ihre Anziehungskraft nimmt weiter zu. Wahr ist aber auch: Zuzug erfolgt vor allem in jene Städte, in denen die Verkehrsanbindung gut ist und damit der Weg zur Arbeit kurz, wo die Kinder gut versorgt sind, das Zentrum belebt und kulturell abwechslungsreich, die Wirtschaftsentwicklung stabil und das Wohnumfeld attraktiv ist. All das macht das Leben in Klein- und Mittelstädten erst anziehend. Um die Lebensqualität in unseren Städten – und damit im gesamten Land Brandenburg - weiter zu stärken, fordern wir als Plattform Starke Städte Brandenburg:

(1) Investitionen in die Städte lenken – Stärken stärken ist der richtige Ansatz

Wir müssen uns darauf konzentrieren, die vorhandenen Qualitäten zu stärken und auszubauen. Dabei haben eine Erreichbarkeits- und Infrastrukturoffensive und die Verkehrswende höchste Priorität. Wir brauchen eine erstklassige Bildungsinfrastruktur (Ausstattung und Planungssicherheit), verbesserte Erreichbarkeit (Taktung und Angebotsdichte) und moderne, umweltgerechte Mobilitätslösungen sowie beschleunigte Bemühungen um eine flächendeckende Digitalisierung (Breitbandausbau, Netzabdeckung, vernetzte Lösungen). Diese Investitionen werden jetzt benötigt und nicht erst 2030. Wir erwarten zudem, dass die verschiedenen verantwortlichen Fachressorts auf Landesebene beim Infrastrukturausbau künftig enger kooperieren und ihre Ziele abstimmen.

Die Vielfalt der Städte ist dabei zu berücksichtigen: Nicht alle Brandenburger Städte haben die gleichen guten Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung. Manche wachsen, einige schrumpfen, andere konnten sich in ihrer Entwicklung stabilisieren. Alle Städte stehen jedoch gleichermaßen vor der Herausforderung, ihre Infrastrukturen so anzupassen, dass sie unter den jeweiligen Bedingungen bestmöglich funktionieren, der Nachfrage der Menschen entsprechen und Chancen für neue Entwicklungen bieten. Daraus resultieren Investitionsbedarfe, die das kommunale Leistungsvermögen oft übersteigen. Die Kosten landespolitischer Entscheidungen dürfen deshalb nicht zu Lasten der Kommunen gehen, wie es zum Beispiel beim kostenfreien letzten Kita-Jahr der

Fall ist. Zudem brauchen wir eine nachhaltige finanzielle Unterstützung des Landes. Die Investitionen zahlen sich um ein vielfaches aus, jeder investierte Euro zieht weitere Investitionen nach sich und verbessert die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Eine gute Infrastruktur der Städte strahlt auch in ihr Umland aus.

(2) Entwicklung aktiver Steuern und fördern – Landesentwicklungsplanung und Städtebauförderung sind unverzichtbar

Aus Erfahrung lernen heißt für uns: Entwicklung steuern! Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Wachstum an sich noch kein Gewinn ist. Neue Wohnsiedlungen, Gewerbegebiete und Verkehrswege haben weitreichende Auswirkungen über das Zusammenleben vor Ort hinaus - auf Wirtschaft, Verkehr, Natur und Klima. Für die Einbettung neuer und erweiterter Angebote ist der Landesentwicklungsplan (LEP HR) unverzichtbar: Investitionen müssen gezielt erfolgen und erfordern eine koordinierte Zusammenarbeit aller Ressorts auf Landesebene und mit der Hauptstadt Berlin, um die gesamte Hauptstadtregion zukunftsfähig und qualitativvoll zu entwickeln. Eine stärkere Achsen- und Zentrenorientierung sollte im Vordergrund stehen. Wir erwarten zudem, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt, dass die Brandenburger Kommunen auch künftig im Rahmen der Städtebauförderung bedarfsgerechte Unterstützung erhalten, um städtebauliche Probleme und Herausforderungen, wie den Rückbau von nicht mehr nachgefragten Wohnungen sowie den Erhalt und die Sanierung von Altbauten, zu bewältigen.

(3) Städte und ländlichen Raum zusammen denken

Die Städte sind Entwicklungsmotoren und Versorgungszentren für ihr unmittelbares Umland und die ländlichen Regionen - und sorgen damit für den räumlichen und sozialen Zusammenhalt im Land. Das gilt für alle Städte, ob groß oder klein, ob wachsend oder schrumpfend, ob berlinnah oder -fern. Wenn wir in den Städten den Wohnungsbestand, die Kitas, Schulen, den öffentlichen Nahverkehr und Breitbandverbindungen in hoher Qualität und an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ausbauen, dann profitiert Brandenburg insgesamt. Wer Städte fördert, fördert auch den ländlichen Raum. Umgekehrt ist das beileibe nicht immer so. Wir erwarten deshalb, dass die Landespolitik auch künftig die vorhandenen Ressourcen so einsetzt, dass möglichst viele Menschen partizipieren. Für eine effiziente Stadt-Umland-Entwicklung sollten stadtrregionale und interkommunale Kooperationen erleichtert und gefördert werden.

(4) Vertrauen auf die lokale Demokratie – Wir wollen Entscheidungen vor Ort treffen

Städte sind Orte der Integration, für Bildung und Arbeit, bieten Raum für Begegnungen, Kultur und Sport. Hier engagieren sich Menschen gemeinsam und stehen ein für sozialen Zusammenhalt und demokratische Entscheidungsprozesse. Lokale Demokratie stärkt man nicht durch Entscheidungen von oben. Menschen wollen gehört werden und selbst aushandeln, was vor Ort umgesetzt wird.

Baugenehmigungen, Denkmalpflege, Bau von Schulen und Kitas – die Menschen kennen die Verhältnisse vor Ort sehr gut und wollen in Entscheidungen eingebunden werden. Wir erwarten von der Landesregierung und ihren Behörden, dass sie sich künftig noch mehr als Unterstützer der Städte verstehen, die lokale Demokratie stärken und uns durch weniger Regulierung mehr Raum für Innovationen ermöglichen. Diese sind vor allem deshalb notwendig, um zügig Antworten und Lösungen für den Klimaschutz, die Klimaadaptation, die Energiewende und Projekte der Digitalisierung auf kommunaler Ebene zu finden. Verfahren sind zu vereinfachen, es sollte mehr Raum für Experimente eröffnet und Verantwortung übertragen werden. Wichtig ist zudem, dass die Leistungs- und Entscheidungsfähigkeit der Kommunen vor Ort erhalten bleibt.

Epilog: Einladung zum Dialog

Unsere Positionen sind eine Einladung zum Dialog. Wir verstehen uns als unverzichtbare Partner für die Landesregierung und die Abgeordneten des neu gewählten Landtags und möchten in der neuen Legislaturperiode die Zusammenarbeit von Städten und Landesregierung intensivieren. Die Umsetzung der großen Zukunftsthemen, z.B. der Strategien zu Wohnen, Digitalisierung, Mobilität, Klimaanpassung und die Sicherung des sozialen Zusammenhalts im Land kann nur in enger Kooperation von Landes- und Kommunalpolitik sowie Stakeholdern aus allen öffentlichen Bereichen gelingen.

Kontakt:

[Geschäftsstelle Städteforum Brandenburg](#)

Behlertstraße 3a, Haus G, 14467 Potsdam

Tel: 0331 28997-82

E-Mail: netzwerk@bbsm-brandenburg.de

Potsdam, 11. Oktober 2019